

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 165  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Ausgabe

Wien, am 16. Juni 1933

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 16. Juni 1933.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 19 Uhr die Sitzung.

Bürgermeisters Seitz teilt mit, dass ihm ein vom Gemeinderat Grauenfeld gezeichnetes Schreiben zugekommen sei (das Schreiben hat denselben Wortlaut wie das heute in der Landtagsitzung von Präsidenten Dr. Neubauer bekanntgegebene Schreiben des St. R. Grauenfeld.)

Der Bürgermeister erklärt, dass er dieses Schreiben der Regierung zur Kenntnis bringen werde.

Ohne Debatte werden genehmigt die Abänderung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen im XI, XII, XIII und XXI. Bezirk, betreffend die Aufhebung von Parkschutzbestimmungen für den Bau einer Gasdruckregelanlage der städtischen Gaswerke im XIII. Bezirk, Ferdinand Wolf-Park und für die Errichtung eines städtischen Kinderfreibades XVIII. Währingerpark, betreffend den Neubau von Teilen der Wolta- und der Bunsengasse im XXI. Bezirk mit dem voraussichtlichen Kostenbetrag von S 79.000 und betreffend die Gewährung einer ausserordentlichen Subvention von S 200 an die "Oesterreichische Mykologische Gesellschaft" für die Veranstaltung einer Ausstellung im Herbst des heurigen Jahres.

GR. Thaller referiert über "Subventionen". Er weist darauf hin, dass schon im Budget leider ein beträchtlicher Abstrich an der Post Subventionen gemacht werden musste und dass die in starkem Rückgang befindlichen Einnahmen der Gemeinde eine neuerliche Einschränkung dieses Betrages notwendig machen. Gegenüber S 347.000 im Vorjahre beträgt die Gesamtsumme für Subventionen heuer nur 260.000 S, wobei allerdings berücksichtigt werden muss, dass die im Vorjahre in den Gesamtsubventionsbetrag aufgenommene Post von 300.000 S für die Winterhilfe zum Zwecke der Rückerstattung der Lustbarkeitsabgabe für Veranstaltungen der Winterhilfe heuer entfallen ist, da es heuer leider solche Veranstaltungen nicht gegeben hat. In das Verzeichnis der subventionierten Vereinigungen wurde keine Vereinigung aufgenommen, die nicht schon im Vorjahre eine Subvention erhalten hatte. Die Kürzungen machen im allgemeinen ungefähr ein Drittel aus, ungekürzt bleiben aber die Subventionen an die Vereinigungen, die sich der ~~Volkshilfe~~ Volkshilfe widmen.

GR. Stöger (chr. soz.) erinnert daran, dass in der chr. soz. Aera wiederholt Anträge der Opposition auf Erhöhung der Subventionen von der christlichsoz. Mehrheit angenommen wurde, so z. B. ein Antrag des GR. Wutschel auf Erhöhung der Subvention für den Pestalozzverein von 600 Kronen auf 1000 Kronen oder ein Antrag des GR. Schuhmeier auf Erhöhung einer Subvention für einen Kindergarten im XVI. Bezirk von 1000 auf 1500 Kronen. Seitdem die herrschende Partei verwaltet hat man einen ähnlichen Fall nicht erlebt. Gewiss ist zuzugeben, dass die Gemeindecinnahmen jetzt knapper werden, aber auch zu der Zeit, als die Finanzlage der Gemeinde durchaus nicht ungünstig war, hat bei der Subventionierung die Parteifarbe immer die entscheidende Rolle gespielt. Geradezu unerträglich ist die Kürzung der Subventionen für die Künstlervereinigungen. Dass Oesterreich Jahrhundertlang unter den Kulturvölkern einen überragenden Rang eingenommen und dass seine Bevölkerung eine hohe kulturelle Stufe erreicht hat, dankt es vor allem den Künstlern, die heute das wertvollste Kapital für den

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am .....

Wiederaufbau Oostreichs darstellg. Nur eine von allen guten Geistern verlassene Gemeindeverwaltung kann just dieser Schichte die Förderung versagen. Zu verurteilen ist auch die Kürzung der Subvention an die Gesellschaft zur Förderung der Kunstgewerbeschule. Die Förderung dieser Schule wäre nicht nur im Interesse des Gewerbestandes, sondern auch der ganzen Volkswirtschaft und damit auch der Gemeindeverwaltung gelegen. Obwohl oft und oft bei ausserordentlichen Anlässen an Parteiorganisationen Subventionen gegeben wurden, wird heuer an den Wiener Dombauverein, nur der gleiche Betrag wie im Vorjahre gegeben, obwohl im Herbst die Feier des 500jährigen Bestandes des Stephansturms stattfindet. Auch die Kürzung der Subvention für den Verein Carnuntum ist vom Standpunkt des Fremdenverkehrs sehr zu bedauern. Während die Schosskinder der Freimaurerloge das Volksheim, der Wr. Volksbildungsverein, der Verein Zentralbibliothek besonders gut behandelt werden, wird die Subvention an den ohnehin stiefmütterlich behandelten Verein "Volkslesehalle" gegenüber dem Vorjahre um 1000 S gekürzt. Der Redner stellt den Antrag die Subvention an diesen Verein von 4000 auf 5000 S zu erhöhen. Geradezu aufreizend ist die Kürzung der Subvention des Verbandes der christlichen Hausgehilfinnen. Dieser Stand wurde durch die denkbar unsozialste Steuer durch eine reine Bol-schewikensteuer förmlich dezimiert. Die Subvention des Vereins, die ohnehin nur 800 S betragen hat, wurde um 200 S gekürzt. Der Redner beantragt, die Subvention für den Verband der christlichen Hausgehilfinnen mit 1000 S festzusetzen.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt.

Wien, am.....

Völlig unwirtschaftlich ist auch die Kürzung der Subvention des "Katholischen Kreuzbündnisses". Wiederholt hat der Chef des Wohlfahrtswesens in diesem Hause über das Wüten der Alkoholseuche geklagt, die Gemeinde tut aber garnichts dagegen, im Gegenteil, sie fördert diese Seuche grosszügig und belastet dadurch das Budget des Kreuzbündnisses nicht unwesentlich. Lueger hat das Brauhaus der Stadt Wien als <sup>bescheidenen</sup> Preisregulator gegründet, die Sozialdemokraten haben es mächtig ausgebaut und können mit Stolz ihren Anteil daran reklamieren, dass Oesterreich heute die dritt grösste Kundschaft der chechischen Brauindustrie ist.

Aber die Kehrseite besteht darin, dass der tägliche Pflinglingsstand auf dem Steinhof und in Ybbs von 3284 im Jahre 1923 sich auf 5428 im Jahre 1931 erhöht hat. Die Gemeinde unterhält eine einzige Trinkerberatungsstelle für ganz Wien, umsomehr müsste sie die Tätigkeit, welche private Organisationen auf diesem Gebiete <sup>voll-</sup>bringen, unterstützen. Während der extrem sozialdemokratische Abstinentenbund 7000 Schilling Subvention erhält, bekommt das "Katholische Kreuzbündnis" nur 300 Schilling.

Die gleiche Ungerechtigkeit finden wir bei der Subventionierung der Studentenvereine. So wird der christlich orientierten "Akademikerhilfe" die Subvention gegenüber dem Vorjahr um ein Viertel, jene der sozialdemokratischen "Wirtschaftshilfe der Arbeiterstudenten Oesterreichs" bloß um ein Sechstel gekürzt. Die "Akademikerhilfe" unterhält zwei Eigenheime und vier Mietheime mit 480 Betten, die "Wirtschaftshilfe" drei von der Gemeinde erbaute Heime mit nur 180 Betten. Trotzdem erhält die christliche Organisation nur 1500 Schilling, die sozialdemokratische aber 5000 S.

Eine ebenso schreiende Ungerechtigkeit erfolgt bei der Subventionierung der beiden Organisationen, die der Krankenpflege dienen. Weit über 100.000 Nächte, weit über 100.000 halbe und ganze Tage haben Schwestern der "Hauskrankenpflege" am Sichenlager der Aermsten der Armen verbracht, haben förmlich als Angestellte der Gemeinde im übertragenen Wirkungskreise Wohlfahrtsdienste verrichtet. Obwohl die christlich orientierte "Hauskrankenpflege" weitaus mehr leistet als die sozialdemokratische "Distriktskrankenpflege" erhält die christliche Organisation 2000 Schilling, die sozialdemokratische 8000 Schilling.

Es entsträche einer ausgleichenden Gerechtigkeit, wenn Sie die folgenden Anträge annehmen:

Dem Verband der christlichen Hausgehilfinnen wird eine Subvention von 1000 Schilling,

dem "Katholischen Kreuzbündnis" gleichfalls eine Subvention von 1000 Schilling,

den beiden Organisationen "Hauskranken-pflege" und Verein "Distriktskrankenpflege" wird je eine Subvention von 5000 Schilling bewilligt.

Ein anderes schweres Unrecht liegt darin, dass der christliche Arbeiterturnistenverein bloß mit 600 Schilling, die sozialdemokratischen Naturfreunde aber mit 6000 Schilling bedacht werden, während andere hochverdiente Organisationen wie die Känderschutzwartungen "Frohe Kindheit", "Carasantium" und "Wiener Touristenklub" nicht einen Groschen Subvention erhalten, obwohl die Früchte ihrer Tätigkeit der Gemeinde reichlich zugute kommen.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am.....

Was die Bedeckung dieser Anträge anbelangt, so wäre, wenn dem "Verband Jugendheim" 10.000 Schilling zugewendet und die restlichen 25.000 Schilling aufgeteilt werden würden, die Arbeit, die dieser Verband für die Jugend leistet, genügend entlohnt und die genannten Organisationen könnten wenigstens eine bescheidene Subvention erhalten. Der einzige richtige Weg wäre aber der, die gesamte Wohlfahrtspflege umzustellen und die private Wohltätigkeit im Dienste der Gemeinde heranzuziehen, wodurch allein ungeheure Summen erspart würden. Die gesamte Subventionierung der Gemeinde ist von Parteilichkeit durchsetzt. Sie macht nicht halt vor dem wehrlosen Kind, sie kümmert sich nicht um den Fremdenverkehr, sie macht nicht halt am Krankenlager der Ärmsten der Armen. Die meisten von Ihnen waren Jahr für Jahr Zeugen des unverwüstlichen Glaubens der Minorität an Oesterreich. Nun ist das Wiedererwachen Oesterreichs im Gang und wird auch vor den Toren dieses Hauses nicht halt machen. Einer Vorlage, die von so viel Ungerechtheit durchsetzt ist, können die Christlichsozialen ihre Zustimmung nicht geben. ( Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen. )

In seinem Schlusswort erwidert der <sup>Thaler</sup> ~~Referent~~ auf den Vorwurf des Vorredners, dass die Künstlervereinigungen zuwenig berücksichtigt werden, dass sich die Förderung der Künstler, der Künstlervereinigungen und der Kunst überhaupt durch die Gemeinde Wien nicht nur auf die Subventionen erstreckt; die Gemeinde gebe Ehrenpreise, Kunstpreise, sie gebe den alten Künstlern Ehrenpensionen, und was entscheidend ist, die habe bisher bei der Wohnbautätigkeit die Künstler zur Mitarbeit herangezogen und dafür nicht weniger als 11.000.000 Schilling ausgegeben. Wenn Herr GR. Stöger darüber Beschwerde führt, dass die Volksbildungseinrichtungen nicht mit entsprechenden Subventionen bedacht werden, so ist darauf zu erwidern, dass der Bund bis heute für die Volksbildungseinrichtungen noch keinen Schilling hergegeben habe, weil das Finanzministerium alle diese Beträge gesperrt hat. Herr GR. Stöger täte besser, seine schöne Rede dem Finanzminister zu halten.

( Beifall bei den Soz. dem. )

Die Vorlage wird unverändert angenommen, die Anträge Stöger abgelehnt.

ST.R. Dr. Dannenberg ersucht um Kenntnisnahme der im ersten periodischen Bericht aus 1933 enthaltenen Zuschusskredite. Alle Ueberschreitungen haben bereits des Gemeinderat beschäftigt.

GR. Ueberhöhr (ch.rsoz.) nimmt Bezug auf die die Strassen betreffende Post in Zuschusskrediten und weist auf den trostlosen Zustand hin, in dem sich die Verkehrswege in Wien befinden, auch zu einer Zeit wo die Gemeinde noch mehr Geld zur Verfügung hatte, wurde von der Opposition wiederholt auf den trostlosen Zustand der Wr. Strassen hingewiesen. Ebenso haben wir wiederholt auf die ganz unzuweckmässige Pflege der Strassen aufmerksam gemacht und auf den Unfug, der mit der Strassenölung getrieben wird. Wir haben wiederholt verlangt, man möge die Strassen rationell pflegen und sie nicht verlutern lassen. Vor einigen Monaten haben wir auch auf die notwendige Reparatur der Hernalser Pfarrkirche aufmerksam gemacht.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am .....

Es geschieht aber nichts. Das Amtshaus in Hernalsbefindet sich in einem arg vernachlässigten Zustand. Das Gleiche gilt vom Friedhofsgebäude in Hernal. Die schlechte Pflege der Strassen bringt es mit sich, dass nicht nur die Menschen an ihrer Gesundheit Schaden erleiden, sondern <sup>dass</sup> auch die Fuhrwerke darunter leiden. GR. Uebelhör lenkt ferner die Aufmerksamkeit der Gemeindeverwaltung auf die Vernachlässigung der Pflasterung der Wege und der Kinderspielplätze in den Parkanlagen. Wenn die Gemeinde so fort macht, wird Wien in kurzer Zeit recht nett aussehen. Man nehme hier endlich Vernunft an. Wir wissen, dass es an Geld fehlt, aber wir verlangen nur, dass die Strassen doch etwas besser gepflegt werden, als es jetzt der Fall ist (Lobh. Beifall b. d. Chr. soz.)

STR. Dr. Darnberg teilt in seinem Schlusswort mit, dass die Reparatur des Kirchendaches in Hernal bereits vergeben ist. Was die Strassen anlangt, so ist trotz aller ~~Erparungs~~notwendigkeit für die Oelung der Strassen heuer kein geringerer Betrag als im vorigen Jahr eingesetzt und es ist von diesem Betrag auch kein Abstrich gemacht worden. Die Oelung ist nur infolge der Witterung einigermaßen in Rückstand gekommen. Die Kritik an dem Zustand der Strassen ist in gewisser Hinsicht berechtigt, es ist aber bekannt, dass man in der heutigen Zeit leider nicht ohneweiters die selben Beträge aufwenden kann, wie in Jahren mit normalen Einnahmen. Ich darf daran erinnern, dass für die Wiederherstellung der Wiener Strassen, die in der Kriegszeit und den ersten Nachkriegsjahren naturgemässe sehr vernachlässigt worden sind, ausserordentlich viel Geld aufgewendet worden ist, und dass wir lange Zeit kein Rechnungsjahr hatten, in dem nicht ein Betrag von mindestens 15 Millionen Schilling für diesen Zweck eingestellt war. Dieser Betrag musste allerdings seit 1931 erheblich reduziert werden. Es wird aber in Erinnerung sein, dass die Gemeinde auf Kredit für 6 Millionen Schilling Strassen ausserhalb der verringerten Budgetsummen hat herstellen lassen und dass die Gemeinde diesen Kredit in drei Jahresraten zu 2,000.000 wird zurückzahlen müssen, von denen die erste Rate jetzt fällig ist. Die Gemeinde hat aber heuer auch den Versuch unternommen, ein ausserordentliches Strassenprogramm ausserhalb des Budgets aufzustellen, die Regierung hat jedoch die Aufnahme <sup>des erforderlichen</sup> ~~in~~ <sup>naturlich</sup> ~~des~~ Kredites verweigert (Lobhafte Hört Hört-Rufe bei den Soz. dem.), obwohl er, wie ausdrücklich festgestellt wurde, für Strassen-, Kanalzwecke und dergleichen Dinge verwendet werden sollte. Die Gemeinde muss infolge des Entzuges grosser Beträge, mit denen sie im Budget gerechnet hat, alle möglichen Rückstellungen vornehmen, was aber auch in den übrigen Städten des In- und Auslandes und auch beim Bund der Fall ist. Wenn der Bund jetzt in der Lage ist, 60,000.000 Schilling für ein ausserordentliches Strassenbauprogramm auszugeben und davon 12,000.000 auch autonomen Landesstellen für ihre Strassenbedürfnisse zur Verfügung zu stellen, so könnte er von diesem Betrage einen Teil auch dem autonomen Land Wien geben. (Zustimmung bei den Soz. dem.) Da die Herren der Opposition zur Regierung bessere Beziehungen haben als ich, könnten sie vielleicht diese Idee bei der Regierung unterstützen; dann könnte ihren Wünschen besser Rechnung getragen werden (Lobhafter Beifall bei den Soz. dem.)

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft und die Sitzung wird um 20 Uhr 15 Minuten geschlossen.

Bogenabfertigung 20 Uhr 32 Minuten.